

## Niederschrift (Öffentlicher Teil) Sitzung des Mobilitätsausschusses und des AVV-Beirats

---

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 10.10.2024  
**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 20:40 Uhr  
**Raum, Ort:** Sitzungssaal des Rates, Rathaus

---

### Anwesenheitsliste

#### Anwesend

##### Vorsitz

<b>Name</b>	<b>Bemerkung</b>
Monika Annette Wenzel	

##### Gremienmitglieder

<b>Name</b>	<b>Bemerkung</b>
Kaj Neumann	
Peter Blum	
Gaby Breuer	
Dr. Sebastian Breuer	
Wilfried Fischer	
Renate Wallraff	
Noah Wagner	
Ralf Demmer	
Rolf Winkler	
Leona Piana	Vertretung für: Stefan Dussin
Burkhard Fahl	
Christian Hofmann	
Jörg Hans Lindemann	
Dr. Andreas Nositschka	
Sabine Weineck	Vertretung für: Nicolai Vincent Radke
Dr.-Ing. Jan van den Hurk	
Julian Kistner	Vertretung für: Jörg Veltrup

##### Schriftführung

<b>Name</b>	<b>Bemerkung</b>
Silke Retterath	

##### Verwaltung:

Uwe Müller, Fachbereichsleitung  
Silke Roder, FB 68

Christiane Schwarz, FB 61  
Daniel Schuster, FB 60  
Harald Beckers, FB 13  
Karl Heinz Dohmen, FB 20

Vom Beirat/ Gäste:

Kathrin Driessen, ASEAG  
Joachim Adler, ASEAG  
Hans-Peter Geulen, AVV  
Katrin Bünten, AVV  
Birk Müller, AVV  
Simon Papyianni, APAG  
Frau Raupach, KKI  
Herr Klävers, KKI  
Caline Strack, AG Behindertenhilfe\_

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil

<b>TOP</b>	<b>Betreff</b>	<b>Vorlage</b>
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.09.2024	
3	Sachstand Deutschlandticket und Finanzierung	<b>AVV/0151/WP18</b>
4	AVV-Tariffortschreibung 2025	<b>AVV/0153/WP18</b>
5	Anpassungen in den AVV-Tarifbestimmungen	<b>AVV/0154/WP18</b>
6	Fortschreibung NRW-Tarif	<b>AVV/0155/WP18</b>
7	Umstellung SchönerTagTicket auf 24-Stunden-Bezug	<b>AVV/0156/WP18</b>
8	Anpassungen in den Beförderungsbedingungen NRW und NRW-Tarifbestimmungen	<b>AVV/0157/WP18</b>
9	Bericht aus der Euregionalen Koordinierungsstelle	<b>AVV/0158/WP18</b>
10	Sachstand Projekt Regiotram	<b>AVV/0159/WP18</b>
11	Sachstandsbericht Sanierung Parkhaus Rathaus mündlicher Bericht APAG/ Stadt Aachen	
12	Sachstand Abstellflächen für E-Tretroller; Tagesordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 03.09.2024	<b>FB 68/0107/WP18</b>
13	Stadtteilperspektive Zukunft Forst	<b>FB 61/1019/WP18</b>
14	Theaterplatz i.R. Innenstadtkonzept 2022; hier: Projektstand und Bauablauf	<b>FB 61/1028/WP18</b>
15	Barrierefreier Umbau Bushaltestellen zu Antrag 2023-1; hier: Baubeschluss	<b>FB 68/0081/WP18</b>
16	„Walking Bus, Busschule und Buslotsen – neue Konzepte für den Weg in die Kita und Schule finden“ - Ratsantrag der SPD Fraktion vom 29.06.2021	<b>FB 68/0109/WP18</b>

**TOP**  
17

**Betreff**

Zusätzliche Maßnahmen zur Anmeldung für den ÖPNV-Bedarfsplan,  
Tagesordnungsantrag der Fraktionen Die Grünen, SPD, Zukunft und Die  
Linke vom 25.09.2024

**Vorlage**  
**FB 68/0112/WP18**

18

Mitteilungen der Verwaltung

## **Protokoll Öffentlicher Teil**

### **Zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt das neue Ausschussmitglied der Fraktion Die Zukunft, Herrn Noah Wagner vor, der die Nachfolge von Ratsherrn Zimmer übernimmt. Anträge zur Tagesordnung gibt es von Ratsherrn Breuer, den TOP 14 Theaterplatz wegen Beratungsbedarfs zu schieben.

Ratsfrau Breuer weist darauf hin, dass diese Vorlage bereits in einigen anderen Gremien ohne Änderungen beraten worden sei und sie daher wenig Verständnis habe.

Es handele sich lediglich um eine Kenntnisnahme, so Herr Hofmann. Ob man diese nicht auch mit dem Beratungsbedarf erteilen könne.

Der Antrag wird mit 1 Enthaltung angenommen.  
Weitere Anträge gibt es nicht.

### **Zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.09.2024 ungeändert beschlossen**

Es gibt keine Wortmeldungen

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss genehmigt den öffentlichen Teil der Niederschrift der Sitzung vom 12.09.2024.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig, 5 Enthaltungen

### **Zu 3 Sachstand Deutschlandticket und Finanzierung geändert beschlossen AVV/0151/WP18**

Nach einer Präsentation durch Herrn Geulen ergreift Ratsherr Fischer das Wort und erkundigt sich, ob das derzeitige Machtverhältnis zwischen Bund und Ländern und Kommunen fair sei oder ob dort Handlungsbedarf bestehe.

Es gebe eine saubere Aufteilung, so Herr Geulen. Bisher habe allerdings auch noch kein Bedarf bestanden finanziell nachzusteuern, so dass sich die Situation dann noch einmal ändern könnte. Wenn man in 2026 mehr finanzielle Mittel benötige, könne es dann ggfs über die Nutzer\*innen mitfinanziert werden sollen. Wenn man auf kommunaler Ebene eine Unstimmigkeit, wie jüngst in vorgelegten Vertragsentwürfen der Fall, entdecke, arbeite man in den Verbänden zusammen um so die Interessen durchzusetzen, was derzeit auch erfolgreich passiere.

Herr Nositschka meldet sich und weist darauf hin, dass man zwischen April 2023 und Juni 2024 Mehreinnahmen von rund 4,1% gehabt habe, so dass auch nach Bereinigung um die Inflation noch eine Null dagestanden habe. Er gibt an, dass er gerne den geänderten Beschluss früher gehabt hätte um sich auch interfraktionell noch vorab beraten zu können.

Aus seiner Sicht seien die geplanten Erhöhungen für die Tickets Schule und Sozialticket nicht vertretbar. Auch verstehe er es so, dass die Mehreinnahmen von überschlägig 400.000€ im Verkehrsverbund verbleiben sollten, hier interessiere ihn der geplante Verwendungszweck.

Das sei so nicht richtig, beantwortet Herr Geulen. Man könne die einzelnen Tarife nicht einfach miteinander vergleichen. De Facto habe man deutlich weniger Einnahmen. Das ganze wirke nur wegen einer anderen Berechnung so. Man könne die komplette Kostensteigerung gar nicht so weitergeben.

Dann sei die letzte Seite der Vorlage missverständlich, so Herr Nositschka.

Auch Herr van den Hurk hätte sich gewünscht, die Änderungen des Beschlusses vorab gehabt zu haben. Er frage sich außerdem, warum man die ersten beiden Ticketarten prozentual im gleichen Maß wie das Deutschlandticket gesteigert habe, bei den anderen aber jeweils um genau 9 Euro.

Das habe damit zu tun, erklärt Herr Geulen, dass die letzten Ticketarten jeweils noch aus den Landeskassen reduziert bzw. bezuschusst würden.

Man müsse auch einmal berücksichtigen, was die Verantwortlichen bereits alles unternommen hätten, um überhaupt diese Zahlen hin zu bekommen, findet Ratsfrau Breuer. Man könne und würde sich natürlich immer mehr wünschen, aber das sei finanziell momentan nicht machbar.

Frau Strack äußert ihr Unverständnis darüber, dass gerade die schwächsten Personengruppen prozentual am meisten belastet würden. Das stehe in keinem Verhältnis.

Herr Nositschka beantragt, angelehnt an seinen vorherigen Beitrag, den Beschlussvorschlag des AVV wie folgt zu ergänzen: Der Mobilitätsausschuss fordert den Rat auf, eine weitere Absenkung des D-Ticket Sozial und Schule im Rahmen der Haushaltsberatungen 2025 einzuplanen.

Ratsherr Fischer pflichtet ihm bei, dass, wenn man sich auf den sozialen Aspekt konzentrieren würde, die Preiserhöhung nicht korrekt erscheine. Sie seien aber alle nicht mit am Tisch gewesen und könnten daher vielleicht manch anderen berücksichtigten Aspekt nicht nachvollziehen. Er weist auf die Möglichkeit des Mobil Ticket im Sozialtarif des AVV hin, das zu einem Preis von 34,99€ zu erhalten sei.

Die Ausschussvorsitzende Wenzel lässt sodann zunächst über den ergänzten Beschlussvorschlag der Fraktion die Linke abstimmen, der mit 2 Zustimmungen und 14 Ablehnungen mehrheitlich abgelehnt wird.

## **Beschluss:**

Der regionale Beirat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und stimmt der weiteren Anwendung des Deutschlandtickets und den damit verbundenen AVV-Tarifbestimmungen und Beförderungsbedingungen als Bestandteil des AVV-Verbundtarifs sowie der Anerkennung von Deutschlandtickets jeglicher Art im AVV-Raum, die außerhalb des AVV verkauft wurden unter dem Vorbehalt zu, dass die daraus resultierenden finanziellen Belastungen aus Mindereinnahmen für die kommunalen Haushalte und/oder die Verkehrsunternehmen bzw. erlösverantwortlichen Aufgabenträger durch den Bund und/oder das Land NRW auf der Grundlage der Förderregularien rechtsverbindlich ausgeglichen werden.

Ferner stimmt der regionale Beirat der Stadt Aachen dem im Rahmen der Verkehrsministerkonferenz Länder am 23.09.2024 festgelegten Preis des Deutschlandtickets zum 01.01.2025 in Höhe von monatlich 58,00 Euro sowie den daraus resultierenden Preisfortschreibungen der zielgruppenspezifischen Deutschlandticketderivate

- Deutschland-Job-Ticket: 55,10€
- Deutschlandsemesterticket: 34,80€ (ab Wintersemester 2025/2026)
- Deutschlandticket Sozial: 48,00€
- Deutschlandticket Schule: 38,00€ (Selbstzahler)

Und den damit einhergehenden Anpassungen der AVV Tarifbestimmungen zum 01.01.2025 zu.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich bei 13 Zustimmungen, 2 Gegenstimmen, 1 Enthaltungen

Anlage 1          Produktliste AVV-Tarif zum 01.01.2025

### **Zu 4          AVV-Tariffortschreibung 2025 ungeändert beschlossen AVV/0153/WP18**

Auch hier präsentiert Herr Geulen zum Thema

Herr Hofmann zeigt Verständnis für die Sicht des AVV, man solle jedoch abwägen, ob eine weitere Erhöhung nach den bereits erfolgten zwei die richtige Lösung sei. Dies sei aus seiner Sicht nicht mehr sozial vertretbar. Der Bund habe genügend Einnahmen, die nur anders verteilt werden müssten.

Herr Nositschka möchte gerne wissen, wie sich der Wert der Steigerungen ergibt. Immerhin seien die Energiepreise im letzten Jahr wieder gesunken und die anvisierte Steigerung liege deutlich über der Inflation.

Man betrachte immer einen längeren Zeitraum, erklärt Herr Geulen. Auch seien die Tarifabschlüsse der Beschäftigten teilweise im zweistelligen Prozentbereich gewesen und die Personalkosten machten den Großteil der Kosten aus im Gegensatz zu den Energiekosten. Er wirbt um Vertrauen dafür, dass der AVV eine sorgfältige Indexierung vorgenommen habe.

Auf die Nachfrage nach einer Konkretisierung der Steigerung der Personalkosten von 2024 zu 2025 von Herrn Nositschka gibt Herr Geulen an, dass die Löhne in den unteren Einkommensgruppen um rund 13% gestiegen seien.

Er hätte gerne eine Tarifmatrix dabeigehabt, merkt Herr van den Hurk an. Auch er finde die Erhöhung sehr bedauerlich, niedrigere Preise würden dem ÖPNV durchaus guttun. Allerdings würde dies nicht ohne Geld bzw. städtische Zuschüsse gehen.

Die von der Landesregierung angestrebte Nutznießerfinanzierung wäre aus seiner Sicht sehr hilfreich.

Er erkundigt sich bei Herrn Geulen, warum die Steigerung der Preise so wichtig für die Finanzierung des Deutschlandtickets sei.

Dies komme daher, dass diese Einnahmen die Sollgröße für die zu erhaltene Ausgleichszahlung darstellten, so Herr Geulen. Niedrigere Einnahmen würden also auch niedrigere Ausgleichszahlungen bedeuten.

Ja, die Erhöhung sei bitter, so Ratsherr Fischer. Allerdings sehe er keine Alternative. Die ASEAG werde in den kommenden Jahren ihr Defizit noch erhöhen und durch die andernfalls ausbleibenden Zahlungen des Bundes müssten andere finanzielle Mittel gefunden werden. Der städtische Haushalt sei dazu nicht in der Lage, wenn man nicht deutlich auf andere Dinge verzichten wolle.

Außerdem müsse man berücksichtigen, dass die Erhöhung für den kompletten AVV gelte und dann auch andere Gebietskörperschaften mitziehen müssten.

Er hätte es auch gerne anders gehabt und sei ganz grundsätzlich der Meinung, dass die komplette Finanzierung des ÖPNV anders aufgestellt werden müsse.

Er äußert gegenüber dem AVV die Bitte, die Gründe für die Kostensteigerung an anderer Stelle noch einmal ausführlich darzustellen.

Wenn man das Defizit umrechne, komme man auf 0,20€ pro Tag, so Herr Nositschka. Das sollte der ÖPNV der Stadt wert sein, schließlich bezuschusse man an anderer Stelle wie dem Theater deutlich höhere Beträge. Man müsse Prioritäten setzen und die öffentliche Finanzierung des ÖPNV gehöre für ihn dazu.

Ratsfrau Breuer weist darauf hin, dass eigentlich alle genau wüssten, dass man das Geld nicht habe.

Der ÖPNV sei schon immer ein Zuschussgeschäft gewesen, so Herr Hofmann.

Das Deutschlandticket sei jetzt teurer, so Ratsherr Fischer. Die Alternative sei jedoch, dass es gar keins gäbe. In der Vergangenheit habe man bei ähnlichen Beratungen noch eine andere konjunkturelle Lage gehabt und eine andere Steigerung. Heute sehe er jedoch keine Alternative.

### **Beschluss:**

Der regionale Beirat der Stadt Aachen stimmt einer AVV-Tariffortschreibung zum 01.01.2025 in Höhe von 5,75 % wie in der Vorlage beschrieben zu. Des Weiteren stimmt der Beirat der Stadt Aachen der Tariffortschreibung des VRS in Höhe von 5,9 % zum 01.01.2024 im Rahmen der AVV/VRS-Tarifkooperation zu.

### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich, 2Gegenstimmen

### **Zu 5      Anpassungen in den AVV-Tarifbestimmungen ungeändert beschlossen AVV/0154/WP18**

Frau Bünten präsentiert zum Thema.

Herr Nositschka zeigt sich erstaunt, über die Änderungen im Bereich der Kündigungsmodalitäten. Die Punkte 2 bis 8 könne er hingegen nachvollziehen. Er gehe davon aus, dass man in dem genannten Fall eine Rüge ausspreche und nicht, dass dann die Tarifbestimmungen geändert würden.

Es müsse schlicht Regeln geben, so Herr Geulen. Man habe Gründe dafür, die Handlungsweisen im Hinblick auf die Gleichbehandlung anzupassen. Es gehe an dieser Stelle nicht um Ausgrenzung und oftmals lasse sich auch auf Kulanz noch eine Angelegenheit regeln.

Es gebe aber ja bisher Regelungen, so Herr Nositschka. Warum man sich dann nicht einfach an die bestehenden Regelungen halte.

Teilweise hätten die Leute es ja gar nicht selbst in der Hand, ob sie Geld auf dem Konto hätten, merkt Ratsherr Fischer an. Er frage sich, ob es vielleicht die Möglichkeit einer Art Prepaidguthaben gebe, wo dann im Zweifelsfall auch kurzzeitig Verwandte oder Freunde drauf einzahlen könnten.

Ratsherr Breuer erkundigt sich beim AVV welche Dimensionen das Problem denn habe.

Das müsste er nachfragen, so Herr Geulen. Es sei gefühlt kein größeres Problem, man könne die Anregungen aber gerne mitnehmen.

Herr Adler ergänzt, dass man ja im Regelfall im Abo vorschüssig zahle. Die erste Mahnung werde dann Mitte des Monats verschickt. Kündigen würde man das Abo erst nach der zweiten Mahnung. Es seien indes nicht immer

die sozial schwächer gestellten Personen, die gemahnt würden.  
Die ASEAG verschicke rund 200-300 Mahnungen pro Monat, weshalb er auch um Zustimmung bitte.

Herr Nositschka beantragt, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass der Punkt „Änderung der Kündigungsmodalitäten“ gestrichen werde.

Die Ausschussvorsitzende Wenzel kündigt zunächst die nun folgende Abstimmung zuerst über diesen geänderten Beschlussvorschlag der Fraktion Die Linke an, unterbricht jedoch sodann die Sitzung für zwei Minuten wegen Beratungsbedarfs.

Ratsherr Breuer erkundigt sich hiernach bei Herrn Geulen, ob der AVV die Anregungen mitnehme, oder ob man schlicht abstimmen lasse.

Man könne es gerne mitnehmen, so Herr Geulen, verweist jedoch auf die Ausführungen von Herrn Adler, dass der Zahlungsfluss natürlich ebenso wichtig sei. Er versichert noch einmal, dass auch oft Kulanz angewandt würde.

Die letzte Entscheidung habe sowieso die Zweckverbandsversammlung, so Ratsherr Fischer. Bis zu diesem Termin habe man noch ausreichend Zeit zu beraten und gegebenenfalls nachzusteuern.

Ratsfrau Breuer äußert ihren Unmut darüber, dass man, obschon man sich bereits in der Abstimmung befunden habe, danach wieder in die Beratungen und die Diskussion eingestiegen sei.

Frau Ausschussvorsitzende Wenzel lässt nunmehr zunächst über den modifizierten Beschlussvorschlag der Fraktion Die Linke abstimmen, der mit 8 Zustimmungen und 8 Ablehnungen abgelehnt wird.

#### **Beschluss:**

Der regionale Beirat der Stadt Aachen stimmt den Anpassungen in den AVV-Tarifbestimmungen im beschriebenen Umfang zu und beauftragt die Verbundgesellschaft mit der Beantragung bei der Bezirksregierung Köln.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich bei 14 Zustimmungen, 1 Gegenstimmen, 1 Enthaltungen

#### **Zu 6 Fortschreibung NRW-Tarif ungeändert beschlossen AVV/0155/WP18**

Es gibt keine Wortmeldungen.

#### **Beschluss:**

Der regionale Beirat der Stadt Aachen stimmt der Tarifmaßnahme zur Fortschreibung des NRW-Tarifs gemäß der Preisliste für 2025 zum 01.01.2025 zu und beauftragt das Kompetenzzentrum Marketing NRW damit, einen entsprechenden Tarifantrag bei der Bezirksregierung Köln zu stellen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich bei 14 Zustimmungen,2 Gegenstimmen

**Zu 7        Umstellung SchönerTagTicket auf 24-Stunden-Bezug  
                  ungeändert beschlossen  
                  AVV/0156/WP18**

Es gibt keine Wortmeldungen.

**Beschluss:**

Der regionale Beirat der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und stimmt der Umstellung des SchönerTagTicket NRW (1 Person / 5 Personen) auf einen 24-Stunden-Bezug zum 01.01.2025 zu.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Zu 8        Anpassungen in den Beförderungsbedingungen NRW und NRW-Tarifbestimmungen  
                  ungeändert beschlossen  
                  AVV/0157/WP18**

Es gibt keine Wortmeldungen.

**Beschluss:**

Der regionale Beirat der Stadt Aachen stimmt den in der Sitzung des LAK Nahverkehr NRW am 25.06.2024 empfohlenen Anpassungen an den Tarifbestimmungen über den NRW-Tarif und den Beförderungsbedingungen Nahverkehr NRW (BB NRW) zum 01.01.2025 zu und beauftragt das Kompetenzzentrum Marketing NRW damit, einen entsprechenden Tarifantrag bei der Bezirksregierung Köln zu stellen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Zu 9        Bericht aus der Euregionalen Koordinierungsstelle  
                  zur Kenntnis genommen  
                  AVV/0158/WP18**

Herr Geulen berichtet zum Thema.

Herr Hofmann erkundigt sich, ob auch eine Verbindung nach Belgien geplant sei.

Dies wird von Herrn Geulen bejaht, allerdings habe Belgien lange Zeit erstmal kein Interesse gezeigt, so dass man jetzt noch am Anfang der Gespräche stehe.

Ratsherr Fischer weist auf die Wichtigkeit des Projektes AVI Transit hin, jedoch sei das Projekt selbst noch nicht bewilligt.

**Beschluss:**

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

**Zu 10 Sachstand Projekt Regiotram  
zur Kenntnis genommen  
AVV/0159/WP18**

Herr Müller vom AVV präsentiert zum Thema.

Es sei schön, dass man so kurz vor der Ausschreibung stehe, freut sich Ratsherr Fischer. Er erinnert daran, dass die Verwaltung sich die Struktur für eine künftige Projektgesellschaft überlegen solle.

Man sei bereits in Gesprächen mit dem Akteuren und Beratern und hoffe darauf, dass man nächstes Jahr die entsprechenden Beschlüsse fassen könne, berichtet Herr Müller..

**Beschluss:**

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

Damit endet der AVV Beirat um 18:27 Uhr

**Zu 11 Sachstandsbericht Sanierung Parkhaus Rathaus  
zur Kenntnis genommen**

Es erfolgt eine gemeinsame Präsentation von Herrn Papayianni, den beiden Sachverständigen Herrn Klävers und Frau Raupach, sowie Herrn Müller von der Verwaltung.

Ratsherr Breuer zeigt sich erleichtert von den Ausführungen von Herrn Müller über die Auslastungen der übrigen Parkhäuser im Umkreis.

Man brauche Parkhäuser und Quartiersgaragen, von daher sei es sehr gut zu sehen, dass Platz da sei.

Sicherlich werde es eines Lernprozesses bedürfen, aber er halte den Umbau für gut konzipiert. Zudem sei die Zeitspanne, in der das Parkhaus gänzlich zu sei, relativ kurz. Es bestehe kein Zweifel, dass der Umbau notwendig sei.

Wenn derzeit die Standfestigkeit bereits so unsicher sei, dass regelmäßige Kontrollen stattfänden, sei das Ganze unumgänglich.

Die Planungen würden nach dem Umbau ein schönes, helles, modernes und digitales Parkhaus für unterschiedliche Nutzergruppen zeigen.

Wenn man den Vortrag von Herrn Müller so hören würde, könnte man den Eindruck bekommen, man bräuchte das Parkhaus gar nicht, so Ratsfrau Breuer. Insofern sei sie sehr froh, dass ein Umu geplamt sei. Sie möchte gerne wissen, ob das Ingenieurbüro bereits in Gesprächen mit Sinn sei bezüglich des Baustellenverkehrs und den damit einhergehenden Einschränkungen.

Das wird von Herrn Klävers bejaht. Man werde die Tätigkeiten in den frühen Morgen legen, berichtet er. Allerdings werde es trotz allem bestimmt ein wenig ruckeln, da man sich schlicht in sehr exponierter Lage mitten in der Stadt befinde.

Es handele sich um eines der beliebtesten Parkhäuser in Aachen, konstatiert Herr van den Hurk. Bei der Präsentation der Verwaltung sei das Weihnachtsgeschäft nicht betrachtet worden, wo es mit Sicherheit eng mit den Plätzen werde. Umso wichtiger sei es, auf alternative Angebote wie das P+R Angebot hinzuweisen und gut zu informieren.

Ratsherr Blum dankt für den anschaulichen Bericht. Die Schäden des Parkhauses seien selbst für Laien erkennbar. Für ihn sei es noch fraglich, ob die Autofahrer der Theorie folgten. Allerdings komme man trotz der Schwierigkeiten nicht um eine Sanierung herum.

Herr Demmer äußert seine Bedenken hinsichtlich der Weihnachtszeit. Da aus seiner Erfahrung die Bauprojekte immer länger dauerten als geplant, gehe er von zwei Weihnachtsgeschäften aus. Er wolle dann kein völliges Chaos erleben und regt an, für diese Zeit die geplanten Lenkungspunkte auszusetzen. Man habe genug Zeit um jetzt ein entsprechendes Konzept für alle, besonders für die Ortsunkundigen, vorzubereiten.

Man habe das Thema bereits auf die Homepage aufgenommen und auch alle Dauerparker bereits im September informiert, berichtet Herr Papayianni. Damit man nur ein Weihnachtsgeschäft geschlossen habe, werde man extra im Januar bereits anfangen.

Herr Fahl erkundigt sich bei der ASEAG, welche Möglichkeiten man habe um hier gegenzusteuern, beispielsweise durch neue Linien, verdichtete Takte oder ähnliches.

Für eine zusätzliche Linie sei die Zeit zu knapp, so Frau Driessen. Man wolle aber den P+R Takt ab Tivoli zum Beispiel auf einen 10 Minuten Takt ab Sommer bringen. Gegen eine zusätzliche Linie spräche zB auch die Anzahl an anderen großen Baustellen wie der Umbau des Theaterplatzes oder die Fernwärmebaustellen. Gegebenenfalls könne man dann im Weihnachtsgeschäft auch noch einmal über eine höhere Taktung nachdenken.

Frau Strack erkundigt sich nach dem Ausgleich für die während der Bauphase wegfallenden Behindertenparkplätze und welche Anzahl künftig geplant sei. Außerdem regt sie an, auch eine Ladesäule mit einem breiteren Parkplatz zu versehen und zu überlegen, ob eine Ladevorrichtung für Elektrorollstühle machbar sei. Von der Verwaltung möchte sie wissen, ob der Behindertenparkplatz an der Neupforte nutzbar sei. Dieser sei derzeit zu kurz zum einparken.

Es werde auch weiterhin 5 Behindertenparkplätze geben, so Herr Papayianni. Die Frage nach der Lademöglichkeit für Rollstühle müsse er mitnehmen.

Im Bereich der Ladesäulen rate er von einer Lademöglichkeit für Rollstühle ab, so Herr Klävers, um die Verkehrsteilnehmenden nicht zu durchmischen. Vielleicht sei an anderer Stelle etwas möglich, er werde es einmal mitnehmen.

Die Stufen zum Treppenhaus 2 fielen in jedem Fall weg.

Man sei technisch sehr gut vorbereitet, so Herr Müller. Natürlich beobachte man die Situation, schließlich wolle man auch künftig die Leute gerne in der Stadt begrüßen. Das Weihnachtsgeschäft sei indes immer eine Herausforderung. Überlegungen in Sachen ÖPNV lägen derzeit auf dem Tisch und er sei sich sicher, dass man das gemeinsam gut hinbekomme.

**Beschluss:**

Der Ausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Zu 12 Sachstand Abstellflächen für E-Tretroller; Tagesordnungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 03.09.2024  
geändert beschlossen  
FB 68/0107/WP18**

Man habe nun 3 Abstellflächen umgesetzt, den Beschluss allerdings schon vor über einem Jahr gefasst, so Herr Nositschka. Nun wolle er nicht noch ein weiteres Jahr über die Evaluation verlieren, weswegen man einen erweiterten Beschluss eingebracht habe.

Er würde gerne auch zügiger vorgehen, so Herr Lindemann. Aber die Evaluation sei ebenfalls wichtig. Eventuell sei es eine Möglichkeit, die Evaluation auf 3 Monate zu verkürzen.

Der Wichtigkeit der Evaluation möchte sich Ratsherr Blum anschließen. Er zeigt sich eher pessimistisch, was die Verhaltensänderung der Nutzer\*innen angeht. Oft könne er Vandalismus und unsachgemäßes Abstellen beobachten. Er spricht sich für eine eher längere als verkürzte Evaluationszeit aus. Da durch die Einrichtung der Abstellflächen Parkplätze wegfielen, wolle er vermeiden, dass diese dann vielleicht nachher gar nicht genutzt würden.

Herr van den Hurk betont, man wolle mit dem gemeinsamen Beschlussvorschlag nicht auf die Evaluation verzichten, sondern schlicht vermeiden, noch ein weiteres Jahr auf weitere Flächen zu warten.

Man brauche die Evaluation für Aachen in jedem Fall, könne aber, was die allgemeinen Aussagen angehe, auf die Evaluation anderer Städte zurückgreifen.

Da es sich bei den E-Scootern um kleine Elektrofahrzeuge handele, gehörten diese auch auf einen entsprechenden Parkplatz.

Herr Hofmann erkundigt sich, wie gut die Stadt im Austausch mit den drei Anbietern stehe, was von Herrn Müller als unproblematisch und gut eingestuft wird.

Bei den E-Scootern und ihrer Nutzung handele es sich um eine Situation mit sehr unterschiedlichen Meinungen, berichtet Herr Nositschka. Was man aber in jedem Fall vermeiden wolle, sei, dass Passanten, Rollstuhlnutzer, Leute mit Kinderwagen und dergleichen mehr stolperten. Da man diesbezüglich Konflikte bei den Bürger\*innen wahrnehme, wolle man laufend evaluieren und zeitgleich in die weitere Umsetzung gehen.

Sie freue sich, dass mehr Abstellflächen geplant würden, so Frau Strack. Allerdings ärgere es sie, dass am Löhergraben der Behindertenparkplatz wegen der Abstellflächen auf eine Stelle verlagert wurde, die im Hang liege und somit unnutzbar für Rollstuhlfahrer sei.

Sie erkundigt sich, wie die Reaktionszeiten seien, wenn die Roller woanders als erlaubt abgestellt würden und ob am Klosterplatz ebenfalls eine Fläche geplant sei.

Ratsfrau Breuer erinnert daran, dass Anwohner über die Parkausweise Geld für das Parken im öffentlichen Raum bezahlen, während das Abstellen der E-Scooter derzeit kostenfrei sei. Das solle aus ihrer Sicht geändert werden.

Darauf nimmt Herr Müller Bezug. In der Anpassung der Sondernutzungssatzung seien die E-Scooter mit erfasst, diese müsse nur noch finalisiert werden. Der Klosterplatz sei mit aufgenommen und bezüglich des Löhergrabens

werde er das Ganze noch einmal mitnehmen und einen anderen Platz prüfen.

#### **Beschluss:**

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis und beauftragt die Planung für weitere Abstellzonen im Sinne des bestehenden Beschlusses umgehend fortzusetzen und zum Ausführungsbeschluss dem Ausschuss vorzulegen. Die Evaluation der ersten Abstellzonen wird nicht abgewartet.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich bei 12 Zustimmungen, 3 Gegenstimmen, 1 Enthaltungen

#### **Zu 13      Stadtteilperspektive Zukunft Forst                  zur Kenntnis genommen                  FB 61/1019/WP18**

Ratsherr Neumann dankt für die schöne Darstellung der umfangreichen Maßnahmen. Er freue sich über das Ergebnis und auch, dass viele Maßnahmen aus dem Bereich Mobilität eine hohe Priorität bekommen hätten. Aus seiner Sicht sei die Entwicklung eine große Chance für den Stadtteil. Eine Anmerkung habe er in Sachen Trierer Straße. Dort sei die Radverkehrsanlage in keinem guten Zustand und er würde sich hier eine Verbesserung der Linienförmigkeit wünschen.

Von Ratsfrau Wallraff kommt die Frage, warum die Stadt jetzt schon die Bürgerbeteiligung durchführe, eine Umsetzung des Ganzen aber erst in 2026 erfolge.

Die Erarbeitung eines solchen Konzeptes sei immer die Grundlage für eine Städtebauförderung erklärt Frau Schwarz. Man müsse aber eine komplette Stadtteilperspektive erarbeiten. Jetzt erarbeite man ein ISEK für einen bestimmten Handlungsstein und versuche neue Fördertöpfe zu akquirieren. Außerdem müsse man die Zeit nutzen, um sichtbar im Quartier zu werden. Die Anforderungen seien hier leider sehr komplex.

Ratsfrau Breuer zeigt sich erfreut, dass in diesem langen Prozess auch bisher schon sehr viel umgesetzt worden sei und wie viele Gruppierungen angesprochen worden seien. Allerdings sei es auch noch viel Arbeit.

Es sei wichtig für die Außenwahrnehmung zu betonen, was schon alles passiert sei und nicht, dass es jetzt erst 2026 erst in die Umsetzung gehe. Die Anlage 3 zeige ganz gut was alles schon passiert sei. Städtebauförderung sei immer ein langer Prozess, so Frau Schwarz.

Frau Strack zeigt sich erfreut, dass ein Mitglied der AG jetzt in der Lenkungsgruppe vertreten sei.

#### **Beschluss:**

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

**Zu 14 Theaterplatz i.R. Innenstadtkonzept 2022; hier: Projektstand und Bauablauf  
vertagt  
FB 61/1028/WP18**

Der TOP wird wegen Beratungsbedarfs vertagt.

**Beschluss:**

**Zu 15 Barrierefreier Umbau Bushaltstellen zu Antrag 2023-1;  
hier: Baubeschluss  
ungeändert beschlossen  
FB 68/0081/WP18**

Er sei nicht glücklich über den Standpunkt des Haltepunktes, so Herr Fahl. Außerdem möchte er von der Verwaltung wissen, was alles in den 600.000€ für zwei Haltepunkte enthalten sei, das komme ihm sehr viel vor, auch wenn er es gutheiße, dass es eine 90%ige Förderung gebe.

Man nehme den Förderrahmen größtmöglich wahr und habe dementsprechend auch die hinführenden Anlagen und alles an Randanlagen mit aufgenommen, so Frau Roder.

Frau Strack erkundigt sich, warum man hier mit 2,5% Quergefälle plane, wengleich die DIN eine Maximalquote von 2% vorgebe.

Auch bei der Neuplanung sei es leider schwierig, weil die Rahmenbedingungen wie Hauseingänge und dergleichen mehr vorgegeben seien. Man habe bereits einmal neu planen lassen, komme aber nicht um das Gefälle herum, erörtert Frau Roder.

**Beschluss:**

Der Mobilitätsausschuss fasst den Baubeschluss für den barrierefreien Ausbau der Bushaltstellen auf der Grundlage der Pläne 2024\_006\_L1 und 2024\_006\_RQ1 - vorbehaltlich der Bewilligung der Fördermittel.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Zu 16 „Walking Bus, Busschule und Buslotsen – neue Konzepte für den Weg in die Kita und Schule  
finden“ - Ratsantrag der SPD Fraktion vom 29.06.2021  
zur Kenntnis genommen  
FB 68/0109/WP18**

Er habe sich sehr über die Vorlage gefreut, so Herr Nositschka. Auch wenn der Begriff des Walking Bus nicht in der Vorlage aufgenommen worden sei.

Ob man die ÖPNV Schulung nicht nur in den Klassenräumen, sondern auch draußen durchführen könne, frage er sich.

Es sei wegweisend, was die Kollegen da derzeit auf die Beine stellten, so Herr Müller. Man brauche aber immer auch das entsprechende Pendant in den Schulen vor Ort. Die Kollegen hätten beispielsweise am Floriansdorf einen Parcours installiert, der sehr stark frequentiert und nachgefragt sei.

#### **Beschluss:**

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

#### **Zu 17      Zusätzliche Maßnahmen zur Anmeldung für den ÖPNV-Bedarfsplan, Tagesordnungsantrag der Fraktionen Die Grünen, SPD, Zukunft und Die Linke vom 25.09.2024 geändert beschlossen FB 68/0112/WP18**

Ratsherr Fischer berichtet, dass der Bedarfsplan derzeit neu aufgestellt werde, da der alte bereits von 2006 sei. Man müsse sich aber Gedanken über Maßnahmen für die nächsten 20 Jahre machen, auch wenn einige noch sehr weit entfernt erschienen.

Nur wenn die Stadt jetzt die Maßnahmen anmelde, würden diese geprüft und könnten später Fördermittel erhalten. Sodann stellt er den im Beschluss festgehaltenen geänderten Vorschlag der Anlage 1 vor.

Mit einigen Vorschlägen sei er einverstanden, so Herr Hofmann. Einige hingegen würden ihm nicht so gefallen. Die längeren Wendezeiten beispielsweise hätten den positiven Nebeneffekt, dass dadurch Verspätungen minimiert würden. Auch der Vorschlag zu Aachen West finde nicht seine Zustimmung, da er nicht barrierefrei sei. Er frage sich zudem, warum der Punkt der ÖPNV Verknüpfungspunkte gestrichen worden sei, der in seinen Augen sehr gut sei.

Hier seien die Ideen zum jetzigen Zeitpunkt leider nicht konkret genug gewesen, erklärt Ratsherr Fischer. In Sachen Aachen West hingegen gebe es schon Vorgespräche, die auch die Barrierefreiheit und die Sicherheit beinhalteten.

Die Thematik müsse wegen des Termins morgen behandelt werden, so Herr Demmer. Allerdings sei es eigentlich zu spät, um die Maßnahmen zu diskutieren. Er frage sich, ob man das nicht früher auf den Weg hätte bringen können.

Dem stimmt Ratsherr Blum zu. Auch er finde einige Punkte gut, aber heute sei nicht die Zeit um darüber zu verhandeln. Es könne jedoch nicht schaden, die Maßnahmen aufzunehmen, auch wenn es immer Verbesserungsmöglichkeiten gebe.

Normalerweise würde sie einem so kurz vorher vorgelegten Vorschlag nicht zustimmen, so Ratsfrau Breuer. Das hätte man aus ihrer Sicht auch gemeinsam machen können. Nur, weil daraus keine Verpflichtung resultiere, werde sie zustimmen.

Dies betont auch Ratsherr Fischer noch einmal. Es handele sich hier um ein Thema mit viel Bewegung. Er habe sich dafür eingesetzt, dass das Thema noch nachträglich aufgenommen würde. Ob man diese Maßnahmen später auch umsetze, sei derzeit noch unbenommen, es ergäben sich keine Verpflichtungen aus den Vorschlägen.

#### **Beschluss:**

Der Mobilitätsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis. Der Mobilitätsausschuss stimmt den durch Mitglieder der Verbandsversammlung des Go.Rheinland bereits am 30.09.2024 nachgemeldeten Maßnahmen (Anlage 1) zu. Die Verwaltung wird dies gegenüber den Verbandsmitgliedern und dem Regionalrat nach erfolgter Beschlusslage unverzüglich bestätigen.

Die mit der Vorlage versandte Anlage 1 wird dabei auf folgende Maßnahmen geändert:

- Intelligente Busspur in Mittellage (wechselnde Fahrtrichtung im Tagesverlauf) auf B258 zwischen AC-Lichtenbusch und Schmidthof
- Busspuren in Mittellage als ÖPNV Trasse: Roermonder Straße, Adalbertsteinweg, Trierer Straße, Jülicher Straße, Verlängerung Busspur Vaalser Straße
- Regiotram- Erweiterungssäste: Vaals, Richterich, Brand/ Kornelimünster, Haaren, Uniklinik, RWTH-Campusgebiete (siehe auch SPD-Ratsantrag Oecher Tram)
- Neue RE29 Bahnhaltdepunkte Aachen FH-Campus Eupener Straße sowie Aachen Preuswald (AVV Projekt)
- Neuer Bahnsteig Aachen West am Republikplatz und entsprechende Spurplanänderungen zur Beseitigung von Fahrausschlüssen mit GV
- Reaktivierung Richterich- Vetschau (weiter über bestehende Bahnstrecke in NL bis Maastricht, 15 Minuten Reisezeitgewinn, Flügelzug oder abwechselnde Bedienung Heerlen/ Bocholtz RE 18)
- Elektrifizierung „Bombardier-Gleis“ und Reaktivierung bis zum neuen HP Am Schulzentrum Hüls und der Hofenburger Straße

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

#### **Zu 18      Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Müller berichtet zunächst zum Thema Schulstraßen im Rahmen der Europäischen Mobilitätswochen. Dazu erkundigt sich Herr Lindemann, ob es Probleme mit den Anwohnenden gegeben habe, die beispielsweise aus ihren Einfahrten hätten rausfahren wollen.

Man habe Gespräche geführt und bei Bedarf Ausnahmegenehmigungen erteilt, berichtet Herr Müller.

Weiterhin präsentiert er den aktuellen Sachstand zur Radvorrangroute Haaren.

Monika Annette Wenzel  
Ausschussvorsitzende

Silke Retterath  
Schriftführerin

Sibylle Keupen  
Oberbürgermeisterin

